

# Wochenblatt

## für Wilsdruff, Tharandt, Rossen, Siebenlehn und die Umgegenden. Amtsblatt

für das Königliche Gerichtsamt Wilsdruff und den Stadtrath daselbst.

Nr. 38.

Dienstag den 14. Mai

1872.

### Tagesgeschichte.

Das „Reißner Tageblatt“ enthält folgendes Eingekandt, welches wir, aus Interesse an der für uns alle wichtigen Sache, hier wiedergeben:

#### Mitbürger!

Die Einwohner Sachsens, sowohl Katholiken, wie Protestanten und andere Glaubensgenossen, müssen sich durch die Thatfache bedrängt fühlen, daß eine kleine, aber rührige Partei in unserer Mitte es gewagt hat, dem unter uns herrschenden Geiste religiösen Friedens dadurch ins Gesicht zu schlagen, daß sie in einer an den Reichstag gerichteten Adresse in der schärfsten Weise die Gegner der Jesuiten verurtheilt und für die Erhaltung derselben im Reiche bittet. Mitbürger! Der § 56 unserer Landesverfassung, welcher von unseren Vätern in der weisen Absicht verfaßt worden, uns den religiösen Frieden zu erhalten, verbietet ausdrücklich den Aufenthalt in unserem Lande, und jene Partei erhebt also mit ihrer Adresse nicht nur Protest gegen die Ausweisung der Jesuiten im Reiche, sondern auch gegen die Ausschließung derselben aus unserem Lande. Sollen wir dergleichen Unternehmungen dulden? Gewiß nicht! Und so schlagen wir Euch denn vor, rasch in möglichst zahlreicher an den Reichstag zu richtenden Zuschriften dahin zu wirken, daß § 56 unserer Landesverfassung zum Reichszeuge erhoben werde, womit zugleich uns der religiöse Friede verbrieft erhalten, und dessen Segen seine höchst wünschenswerthe Ausdehnung auf das ganze Reich gewinnen würde.

#### Eine Versammlung Dresdner Bürger.

Dresden, 8. Mai. Das Stadtverordneten-Collegium beschloß einstimmig, bei dem Reichstage gegen die eingegangene Dresdner Adresse zu Gunsten der Jesuiten Verwahrung einzulegen. Die sofort entworfene Gegenadresse (Referent Adv. Siegel) billigt entschieden die Politik der Reichsregierung gegen den Ultramontanismus und erbittet die Ausdehnung der betr. Bestimmung der sächsischen Verfassung bezüglich der Ausschließung der Jesuiten auf das ganze Reich. Die Adresse ward mit lebhaftem Beifall ohne Debatte angenommen.

Wegen des günstigen Standes der Cassenverhältnisse hat der Gesamtvorstand der allgemeinen Brandversicherung sächsischer Lehrer beschlossen, die am 20. Mai fällige halbjährige Prämie von der Zeit vom 1. Juni bis 1. December d. J. nicht zu erheben. Die Befreiung soll denen zu gute kommen, die noch vor dem 15. d. M. als neue Mitglieder der Gesellschaft beitreten. — Auch die Cassenverhältnisse des Vereins sächsischer Lehrer zur Unterstützung in Krankheitsfällen befinden sich in gutem Stande. Dieser Verein hat im verfloffenen 21. Vereinsjahre nahe an 2000 Thaler Unterstützung gewährt. Der Reservefond ist auf 3000 Thaler angewachsen.

Aus der südlichen Lausitz, 8. Mai, schreibt man der „D. Z.“: In Cybau, Walddorf, Ebersbach und einigen andern Dörfern sind wieder eine große Anzahl von Erkrankungen an den Trichinen constatirt; es dürften wohl 200 sein. Wenngleich die meisten Fälle einen leichtern Character zeigen, so werden doch einige wahrscheinlich mit dem Tode enden. Es ist dies das dritte Auftreten dieser furchterlichen Krankheit hier in der Gegend seit 1870 und wohl wäre es hohe Zeit, daß entweder die Reichs- oder die Landesregierung der Gewissenlosigkeit oder Unkenntniß der Fleischer, welche daran schuld ist, steuere. Könnte nicht bei Entrichtung der Schlachtsteuer ein Revers verlangt werden, worin von befähigten Leuten die Gesundheit des geschlachteten Stückes bescheinigt würde?

Aus Wurzen, 8. Mai berichtet das dortige Wochenblatt: Ein an die Freiburger Butterrevolution erinnernder Scandal fand heute Morgen auf hiesigem Marktplatz statt. Den ohnedies schon theuren Butterpreis suchten nämlich einige auswärtige Butterhändler, wahrscheinlich, um ihren Bedarf recht schnell zu decken, noch dadurch in die Höhe zu schrauben, daß sie die Forderungen der Verkäufer den hiesigen Einkäuferinnen gegenüber noch überboten. Dadurch natürlich in Harnisch versetzt, gingen die Einkäuferinnen den Händlern scharf zu Leibe, aus dem erst entstandenen Streite wurde bald eine Schlägerei fertig, die mit dem Rückzuge der Händlern in ein am Markte gelegenes Haus endete. Weiteren Insulten aus dem Wege zu gehen, mußten dieselben so lange einen längeren unfreiwilligen Aufenthalt in diesem Hause nehmen, bis die Polizei, die übrigens schon vorher vermittelnd aufgetreten war, die Menge zerstreute.

Dem Chemnitzer Nachrichten wird aus Freiberg vom 2. Mai folgendes neuestes Zeugniß für die sächsische Gemüthlichkeit mitgetheilt: „Nach der am Sonntage im nahen Tutzendorf und Hals-

brücke abgehaltenen Kirchen- und Schulrevision fand unter Vorsitz des Superintendenten Werbach die übliche Conferenz der Vorstände statt. Als der Vorsitzende im Laufe der Verhandlung zu der Frage gelangt, ob einer der Herren irgend eine Beschwerde oder sonst einen Wunsch vorzutragen habe, erklingt fast einstimmig: „Nein!“ Einer der Anwesenden, vielleicht ein Mitglied der in Halsbrücke vorhandenen Muderergesellschaft, erhebt sich jedoch und klagt bitter über den Pfarrer, mit dem er nicht zufrieden sei. Der Superintendent fragt: „Was ist's mit Ihrem Herrn Pfarrer, predigt er nicht Gottes Wort?“ Klager: „Ach ja, Gottes Wort predigt er schon, aber wir hab'n ooch en Heiland.“ „Nun, predigt Ihr Herr Pfarrer nichts vom Heiland?“ „Ei ja, das thut er, das thut er!“ „Worin besteht denn die Beschwerde, die Sie vorzubringen haben?“ „Ja sehne, er predigt gar nichts vom Teufel und der gehört ooch mit derzu.“ Der Superintendent läßt sich hierbei den Teufelsterk zu informiren und schließt mit aller Freundlichkeit: „Sehen Sie, es gibt in der Welt viele Teufel, da hat man einen Zankteufel, einen Hochmuthsteufel, einen Trink- und Spielteufel u. Sie z. B. scheinen den Hochmuthsteufel zu haben. Ich will Ihnen Ihren Teufelsglauben nicht gerade rauben, darum wollen wir abrechen und Frieden schließen, hier haben Sie meine Hand.“ Der Angeredete aber geht mit dem Teufel im Herzen ohne Handschlag von hinnen.“

Die neuesten Berliner Blätter melden, daß der Reichskanzler Fürst Bismarck aus Gesundheitsrücksichten einen längeren Urlaub vom Kaiser Wilhelm erbeten und wohl auch erhalten hat. Besonders wird aber betont, daß keinerlei politische Motive bei diesem Entschlusse des Fürsten mit ins Spiel kommen, sondern lediglich die mit der Massenhaftigkeit der Geschäfte der letzten Jahre verbundenen starken Anstrengungen. So sagt die „D. Z.“: Der Kanzler wird sich zunächst auf seine Güter begeben und beabsichtigt im Spätsommer ein Seebad zu besuchen. Wie verlautet, ist in dem Urlaubsgesuche des Fürsten Bismarck, wie einerseits auf seinen sehr erschütterten Gesundheitszustand, so andererseits auf die nach allen Richtungen gesicherte, keinerlei Befürchtungen Raum gebende politische Weltlage hingewiesen. — In gleich beschwichtigender Weise äußert sich die „Nordd. Allg. Ztg.“, indem sie schreibt: Das Befinden des Reichskanzlers Fürsten von Bismarck giebt zu ernstern Besorgnissen keine Veranlassung, sofern nur rechtzeitig die von den Aerzten für unabweislich erklärte Ruhe eintreten kann. Daß eine solche nothwendig geworden ist, hat nichts Befremdendes, wenn man erwägt, daß der Kanzler seit dem Jahre 1866 leidend ist, daß im Juli 1870 die erforderliche Karlsbader Kur durch den Krieg inhibirt wurde, daß auch im vergangenen Jahr die Gasteiner Bepredungen dazwischen traten und somit der Fürst, einige Wochen abgerechnet, unausgesetzt thätig war, somit Durchgreifendes zur Herstellung seiner Gesundheit bisher hat unterbleiben müssen.

Im Reichstagsge kam auch die starke Auswanderung aus Deutschland, namentlich Norddeutschland, zur Sprache. Es wurde auf die Menschen-, Arbeits- und Geldkräfte hingewiesen, die Deutschland verloren gehen. Dr. Rapp wies nach, daß die Auswanderer seit 50 Jahren so viel Capital mit übers Meer genommen haben, als die französische Kriegsschädigung beträgt (5 Milliarden). Man war darüber einverstanden, daß nicht mit plumpen Vorböten dreingefahren werden dürfe, sondern mit Begehrung der sozialen Uebelstände, die sie befördern.

Das „F. Z.“ schreibt: Von amtlicher Seite wird behauptet, daß die Wohnungsnoth in Berlin mit übertriebenen Farben geschildert worden ist, weil im Januar 1013 Wohnungen leer standen, während gegenwärtig 1340 Wohnungen zur Vermietung angezeigt sind. Eine andere statistische Angabe erweist jedoch, daß der Wohnungswechsel noch nie so groß war, als im letzten Quartal. Es sind nicht weniger als 49,000 Familien gekündigt worden. Davon sind 26,000 umgezogen und 23,000 trotz der Miethserhöhungen, welche sich häufig auf das Doppelte und Dreifache des früheren Miethpreises belaufen, wohnen geblieben.

Von den Verdiensten der deutschen Cavallerie im Kriege mit Frankreich sagt ein hoher Militär: „Nicht Strom noch Berg,